

# Far away, so close – Zur Hoffnung des Dalai Lama auf eine Rückkehr nach Tibet

Heike Holbig

## Einleitung

„Oh yes“, so war Mitte Juni in der internationalen Presse die Antwort des Dalai Lama auf die Frage zu vernehmen, ob er denn hoffe, noch zu Lebzeiten nach Tibet zurückkehren zu können. Seine Hoffnung begründete er mit den Worten: „China has changed in the last years. It is forced to become a more free society; it's opening more and more“ (SCMP, 14.6.05).

Der 70. Geburtstag des Dalai Lama am 6. Juli und mehrere medienwirksame Ereignisse in dessen zeitlichem Umfeld gaben in den vergangenen Wochen Anlass, unerschütterten Optimismus hinsichtlich einer möglichen baldigen Rückkehr des religiösen Oberhauptes der Tibeter aus dem Exil zu verbreiten.

So hatten eine Woche vor seinem Geburtstag im schweizerischen Bern informelle Gespräche zwischen einer fünfköpfigen Delegation der tibetischen Exilregierung und Zhu Weiqun, dem stellvertretenden Leiter der Einheitsfrontabteilung des ZK der KPCh, stattgefunden (WSJ, 8.7.05). Es handelte sich um die vierte Dialogrunde seit der Wiederaufnahme des Dialogs im Jahr 2001, der Treffen zwischen den beiden Seiten in den Jahren 2002, 2003 und 2004 jeweils auf chinesischem Boden vorausgegangen waren. Nach einer ersten Phase vorsichtiger Annäherung zu Anfang der 1980er Jahre und einer zweiten Phase des Gesprächsstillstands seit 1989 stellte das jüngste Treffen den vorläufigen Höhepunkt einer in den späten 1990er Jahren unter dem damaligen Staats- und Parteichef Jiang Zemin eingeleiteten Phase dar, in der beide Seiten erneut mit direkten Gesprächskontakten experimentieren – wenn auch mit teilweise stark differierenden Voreinstellungen und Erwartungen (Rabgey/Sharlho 2005). Auch wenn das jüngste informelle Treffen inhaltlich offenbar kaum eine Annäherung gab, so wurde immerhin die Tatsache positiv bewertet, dass die chinesische Regierung sich nun erstmals auf ausländischem Boden zu Gesprächen über die „Tibetfrage“ bereit erklärte (FAZ, 8.7.05).

Die geduldige Hoffnung des Dalai Lama auf eine bevorstehende Lösung der „Tibetfrage“ kam auch in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Hessischen Friedens-

preises Ende Juli zum Ausdruck. „Geduld heißt nicht Kapitulation“, so war er vor 20.000 Zuhörern zu vernehmen, und: „Meinen 70. Geburtstag feiere ich nicht in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, dann muss es eben der 80. sein“ (n-tv.de, 28.7.05). Der Hessische Friedenspreis war ihm für seinen „unermüdlichen und wirkungsvollen Einsatz für eine gewaltfreie Lösung des chinesisch-tibetischen Konflikts und seine Bemühungen um einen friedlichen Dialog zwischen den Weltreligionen“ zugesprochen worden (FAZ, 27.7.05).

Anlässlich dieser jüngsten hoffnungsvollen Erwartungen einer möglicherweise bevorstehenden Annäherung der beiden Seiten im Konflikt um Tibet scheint es angebracht, die Verhandlungspositionen der beiden Seiten seit den frühen 1980er Jahren zu rekapitulieren und daraufhin zu überprüfen, inwieweit tatsächlich Chancen für eine Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet bestehen könnten. Als These sei hier vorweggenommen, dass diese Chancen als gering zu betrachten sind, da die chinesische Seite sich in ihrer eigenen Wahrnehmung in einer eindeutig überlegenen Verhandlungsposition befindet und angesichts fundamentaler Differenzen vorerst kein tragfähiges Interesse an der Aufnahme substanzieller Gespräche mit dem Dalai Lama haben dürfte.

## Kognitive Dissonanzen: Rekapitulation der Verhandlungspositionen im Tibetkonflikt

Verfolgt man die rhetorischen Positionen der beiden Konfliktseiten seit der Aufnahme erster Gespräche zwischen Beijing und dem Dalai Lama zu Beginn der Reform- und Öffnungsperiode in den frühen 1980er Jahren, so ist zunächst zu konstatieren, dass die kognitiven Dissonanzen über die Jahre eher zu- als abgenommen haben. Dies gilt sowohl für das Verhältnis zwischen der chinesischen und der exiltibetischen Regierung als auch innerhalb der jeweiligen Positionen der beiden Seiten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Einen detaillierten Rückblick auf den Dialogprozess zwischen China und der exiltibetischen Regierung gibt der Beitrag Rabgey/Sharlho (2005). Sofern nicht anders angegeben, basiert die Darstellung der folgenden beiden Abschnitte auf dieser Quelle.

## Positionen der chinesischen Führung

Von chinesischer Seite wird einerseits mehr oder weniger kontinuierlich betont, dass „die Türen für einen Dialog weit offen“ stünden – eine Formel, die ganz offensichtlich der Pflege diplomatischen Wohlverhaltens in der internationalen Staatengemeinschaft geschuldet ist, insbesondere seit die USA Mitte der 1980er, und noch einmal verstärkt unter Präsident Clinton Mitte der 1990er Jahre ihren Druck auf die Volksrepublik verstärkt haben, mit dem Dalai Lama in Dialog zu treten. Andererseits ist der Dalai Lama seit den frühen 1980er Jahren bis heute Gegenstand zahlreicher Denunzierungskampagnen der parteistaatlichen Führung Chinas, die nur sporadisch von mehr oder weniger vagen Angeboten informeller Dialogbereitschaft unterbrochen wurden. Ein erstes Gelegenheitsfenster für eine Verständigung zwischen den beiden Seiten war 1979 durch persönliche Initiative Deng Xiaopings und Hu Yaobangs, des damaligen Parteisekretärs, aufgestoßen worden. In einer kurzen Tauperiode wurden mehrfach exiltibetische Gesandte zu informellen Gesprächen in Beijing empfangen, und im Sommer 1981 präsentierte Hu Yaobang einen „Fünf-Punkte-Vorschlag“, der eine Rückkehr des Dalai Lama aus dem Exil vorsah – allerdings unter sehr restriktiven Bedingungen, die die exiltibetische Seite nicht zu akzeptieren bereit war.<sup>2</sup> Dem Scheitern dieses konkreten Angebots folgte ab 1984 eine klare Abkehr der chinesischen Seite vom Dialog. Im öffentlichen Diskurs wurde der Dalai Lama nun zusehends als separatistisch gesinnter Widersacher einer sozioökonomischen Modernisierung Tibets verunglimpft, die man sich zur Hauptaufgabe in der Region gemacht hatte.

In den folgenden Jahren erzeugten die wachsende internationale Popularität des Dalai Lama, seine Appelle an die Staatengemeinschaft und schließlich die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn im Jahr 1989, die zeitlich mit dem Ausbruch ethnischer Unruhen in Tibet und den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens zusammentrafen, ein wachsendes chinesisches Misstrauen gegenüber der exiltibetischen Seite. Immer häufiger wurde dem Dalai Lama unterstellt, er ziele im Verein mit westlichen „Anti-China-Kräften“ auf eine Schwächung Chinas im globalen Rahmen. In der Autonomen Region Tibet griffen die Behörden über die 1990er Jahre hinweg zu zunehmend restriktiven Maßnahmen religiöser und politischer Kontrolle, um einem erneuten Aufflammen ethnischer Unruhen vorzubeugen (Meston 2003; Slobodnik 2004; www.tibetinfo.net). Im Jahr 1995 begann eine groß angelegte Propagandakampagne gegen den Dalai Lama, die in ihrer rhetorischen Schärfe kaum hinter den Hetztiraden der Kulturrevolution zurückblieb. Zwar kam es unter wachsendem US-amerikanischem Druck und durch einen persönlichen Vorstoß Jiang Zemins 1997 und 1998 zu mehreren informellen Gesprächstreffen mit exiltibetischen Vertretern

in Beijing (vgl. C.a., 1998/6, Ü 4, 1998/9, Ü 12), die aber bereits Ende 1998 von chinesischer Seite wieder abgebrochen wurden, weil offenbar kein interner Konsens für eine konstruktive Tibetpolitik gefunden werden konnte (C.a., 1999/2, Ü 10).

Die 1999 eingeleitete parteistaatliche Strategie einer beschleunigten Entwicklung Westchinas wurde im Fall der Autonomen Regionen Tibet und Xinjiang sowie anderer ethnischer Minderheitsgebiete im Westen des Landes vor allem auch im Hinblick auf eine soziale und politische Stabilisierung dieser Regionen konzipiert. Durch eine Kombination aus forcierter wirtschaftlicher Modernisierung, groß angelegten Infrastrukturmaßnahmen, einer gezielten Politik der Ansiedlung Han-chinesischer Migranten und kultureller Assimilierungspolitik hoffte man, die bestehenden ethnisch-religiösen Konflikte nachhaltig zu entschärfen und Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung in Tibet und Xinjiang den Boden zu entziehen (C.a., 1999/9, Ü 12, 1999/11, Ü 11; Cooke 2003; Goodman 2004; Holbig 2004).

Eine neuerliche strategische Ausrichtung brachte das im Sommer 2001 von der parteistaatlichen Führung einberufene „Vierte Nationale Arbeitsforum zu Tibet“ (C.a., 2001/6, Ü 15),<sup>3</sup> die der spektakulären Flucht des 17. Karmapa Lama aus Lhasa im Januar 2000 (C.a., 2000/1, Ü 21) und erneutem US-amerikanischen Druck folgte. Zum einen signalisierte die parteistaatliche Führung erneut ihre Bereitschaft zu direkten Gesprächskontakten mit exiltibetischen Vertretern, die in den Jahren 2002, 2003 und 2004 zu Besuchen von Abgesandten des Dalai Lama in China führten (C.a., 2002/9, Ü 11, 2003/6, Ü 14). Während die exiltibetischen Gesandten den Besuchen hohe quasi-offizielle Bedeutung beimaßen, stellte die chinesische Seite sie gegenüber der internationalen Öffentlichkeit allerdings als rein „private Besuche“ dar (*China heute*, XXIII (2004), Nr. 6 (139), S. 203). Zum anderen aber setzte man die Hetzkampagnen gegen den Dalai Lama zugleich mit unverminderter Schärfe fort. So kriminalisierte ihn die staatliche Presse als „Hauptvertreter feudalistischer Sklavhalter, Hauptanführer landesspalterischer Kräfte außerhalb der Landesgrenzen, treues Werkzeug der westlichen Anti-China-Kräfte und Verbrecher, der die Interessen des Staates und der Nation verrät“ (beispielhaft aus C.a., 2001/5, Ü 12; WSJ, 13.11.02). Von nicht zu unterschätzender innenpolitischer Signifikanz ist die Definition des Verhältnisses zwischen dem Dalai Lama und China als ein „Verhältnis zwischen dem Feind und uns“, wie sie Ende 2000 vorgenommen wurde. Im maoistischen Vokabular bezeichnet diese Formel einen antagonistischen Widerspruch zwischen politischen bzw. gesellschaftlichen Kräften, der nur mit den rigidesten Mitteln des (Klassen)Kampfes gelöst werden könne, im Gegensatz zu nichtantagonistischen Widersprüchen „innerhalb des Volkes“, die einer Lösung durch Überzeugung, Propaganda und andere „weiche“ Maßnahmen zugänglich

<sup>2</sup>Explizite und implizite Bedingungen für eine Rückkehr des Dalai Lama waren, dass er sich von historischen Argumenten einer Unabhängigkeit Tibets distanzieren, der nationalen Einheit der Volksrepublik verpflichten, nicht in Lhasa, sondern in Beijing residieren und seine öffentlichen Aktivitäten der parteipolitischen Kontrolle unterstelle (Rabgey/Sharlho 2005).

<sup>3</sup>Vorausgegangen waren drei solcher Nationalen Arbeitsforen zu Tibet in den Jahren 1980, 1984 und 1994.

seien (*Xizang Ribao*, 18.10., 2.11.00, nach *Summary of World Broadcast*, 27.10., 9.11.00). Eine stärker außenpolitische Stoßrichtung besitzen die Darstellungen in mehreren „Weißbüchern“ zur Situation in Tibet bzw. zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten, wie sie in den Jahren 1998, 2000, 2001, 2004 und zuletzt im Februar 2005 vom chinesischen Staatsrat herausgegeben worden sind (C.a., 2000/6, Ü 29, 2001/11, Ü 9, 2004/5, Ü 10, 2/2005, Dok 12). Mit Hilfe vielfältiger historischer, ideologischer, politischer und vor allem sozioökonomischer Argumente wird der politische Vertretungsanspruch der „Dalai-Clique“ (*Dalai jituan*) hier als illegitim erklärt (C.a., 2001/11, Ü 9, C.a., 2004/5, Ü 10).

Entsprechend hoch wird die Latte für eine Aufnahme von formellen Verhandlungen mit dem Dalai Lama gehängt: Als Vorbedingungen werden der Verzicht auf jegliche Unabhängigkeitsforderungen für Tibet sowie ein explizites Einverständnis der tibetischen Exilführung verlangt, dass Tibet ein integraler Bestandteil der VR China sei. Außerdem sei anzuerkennen, dass Taiwan eine Provinz der VR China sei, und der Dalai Lama müsse Abstand von Besuchen auf Taiwan nehmen – hier wird die sensible Verknüpfung der „Tibetfrage“ mit der „Taiwanfrage“ deutlich, wie sie zumindest in der chinesischen Wahrnehmung besteht (C.a., 1998/6, Ü 4, 1998/9, Ü 12; zuletzt auch *Xinhua*, 15.3.05, nach BBC PF, 16.3.05). Alle Beteuerungen des Dalai Lama, diese Vorbedingungen zu erfüllen, hat die chinesische Führung in den letzten Jahren allerdings als „unaufrichtige“ Lippenbekenntnisse eines unverbesserlichen „Separatisten“ abgetan. Das faktische Ergebnis ist somit eine Immunisierung der offiziellen Verhandlungsposition gegenüber jeglichen Signalen einer Kompromiss- und Dialogbereitschaft von Seiten des Dalai Lama und der exiltibetischen Führung.

## Positionen der tibetischen Exilführung

Während die chinesischen Positionen über die vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte von stark erratischen Schwankungen geprägt waren, ist die Haltung des Dalai Lama und der exiltibetischen Regierung im selben Zeitraum durch eine mehr oder weniger stetig wachsende Kompromissbereitschaft gekennzeichnet. Hatte die exiltibetische Seite in den zwei Jahrzehnten seit der Flucht des Dalai Lama nach Nordindien im Jahr 1959 unter Berufung auf die faktische staatliche Unabhängigkeit Zentraltibets zwischen 1912 und 1951 noch die Wiederherstellung eines unabhängigen Tibet gefordert, so beschränkte man sich im Zuge erster Gesprächskontakte bereits Anfang der 1980er Jahre auf eine noch relativ vage Forderung nach einem „hohen Grad politischer Autonomie“, den Tibet innerhalb des staatlichen Gefüges der Volksrepublik China genießen solle (Rabgey/Sharlho 2005). In seinem bekannten „Fünf-Punkte-Plan“, den der Dalai Lama 1987 zunächst in den USA und 1988 dann dem Europäischen Parlament in Straßburg vorlegte, spezifizierte er die exiltibetischen Forderungen bezüglich des zukünftigen Status Tibets. Konkret schlug er die Schaffung einer „self-governing demo-

cratic political entity [...] in association with the People's Republic of China“ vor (zitiert nach Rabgey/Sharlho 2005: 11). Ein entmilitarisiertes Tibet sollte eine „Zone der Gewaltlosigkeit“ werden, in der eine demokratische Regierung über alle internen Belange Tibets und der Tibeter selbst entscheiden würde. Während die chinesische Seite die Mobilisierung internationaler Unterstützung durch den Dalai Lama als Beleg dafür ansah, dass er das Ziel eines unabhängigen Tibet faktisch keineswegs aufgegeben habe und Verhandlungen auf der Basis des „Fünf-Punkte-Plans“ daher rundheraus ablehnte, empfanden manche Exiltibeter den Straßburger Plan als schmachvolle Konzession gegenüber Beijing, wenn nicht gar als Verrat des Dalai Lama an Tibet (Rabgey/Sharlho 2005).

Weitere Konzessionen von Seiten des Dalai Lama folgten im Laufe der 1990er Jahre. So stellte er im Rahmen demokratischer Reformen der exiltibetischen Regierung mehrfach in Aussicht, dass er im Falle einer erfolgreichen friedlichen Lösung der „Tibetfrage“ seine politische Autorität vollständig an ein demokratisch gewähltes tibetisches Parlament und Kabinett abgeben wolle (PTI news agency, 10.3.01, nach BBC PF, 11.3.01; [www.tibet.com/DL/biography.html](http://www.tibet.com/DL/biography.html)). In der Selbstdarstellung der exiltibetischen Führung ist dieser Schritt von der Theokratie in eine Demokratie bereits vollzogen worden: Ministerpräsident Samdhong Rinpoche gilt als politisches Oberhaupt der Exilführung, während der Dalai Lama als „His Holiness“ (im Deutschen „Seine Heiligkeit“, „S.H.“) titulierte wird und vorrangig die Würde eines religiösen Oberhauptes genießt, die freilich nach wie vor auch ihre politische Ausstrahlung besitzt (vgl. die offiziellen Websites [www.tibet.net](http://www.tibet.net) und [www.tibet.com](http://www.tibet.com)).

Seit Jahren wird der Dalai Lama darüber hinaus nicht müde, in Medieninterviews zu betonen, dass er keineswegs für eine Unabhängigkeit Tibets, sondern vielmehr für eine echte Autonomie unter der Souveränität der Volksrepublik eintrete. In Anlehnung an das für Hongkong, Macau und Taiwan entwickelte Modell „Ein Land, zwei Systeme“, strebte er zunächst politische und rechtliche Garantien an, die Tibet weitgehende Selbstbestimmung in politischen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Belangen zusichern sollten, während Beijing die außenpolitische Vertretung und militärische Verteidigung Tibets übernehmen sollte (Hoppe 1997: 24/25; PTI news agency, 28.10.02, nach BBC PF, 28.10.02). Allerdings wich der Dalai Lama zuletzt auch von dieser Forderung ab, als er im März 2005 seine Forderung nach Autonomie, für viele überraschend, auf Fragen der religiösen und kulturellen, nicht aber länger der politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung beschränkte:

Tibet is underdeveloped and materially backwards. We want modernization. So for our own interest, we are willing to be part of the People's Republic of China, to have it govern and guarantee to preserve our Tibetan culture, spirituality and our environment. (SCMP, 14.3.05, vgl. C.a., 2/2005, Ü 13)

Wie diese Passage deutlich macht, schwenkte der Dalai Lama damit indirekt auch auf die

von chinesischer Seite eingeschlagene Strategie einer beschleunigten sozioökonomischen Entwicklung Tibets ein, die in exiltibetischen Kreisen zum Teil gerade als Beleg für einen gezielten „kulturellen Genozid“ der Tibeter kritisiert wird (so etwa [www.tibetanyouthcongress.org/pressrelease.htm](http://www.tibetanyouthcongress.org/pressrelease.htm), 10.3.05). Gerade angesichts dieser jüngsten Kompromissformel wird das Dilemma seiner Verhandlungsposition deutlich: Einerseits zwingt ihn die überlegene strategische Ausgangsposition der chinesischen Seite zu immer neuen Konzessionen. Andererseits sind diese Konzessionen die Ursache einer wachsenden Enttäuschung und Entfremdung nationalistischer Kräfte innerhalb der exiltibetischen Gemeinschaft, die den politischen Vertretungsanspruch des Dalai Lama und den von ihm gepriesenen „mittleren Weg“ einer friedlichen Lösung der „Tibetfrage“ zunehmend in Frage stellen. So zeichnen sich wachsende Differenzen zwischen dem Dalai Lama und Vertretern der exiltibetischen Regierung in Dharamsala ab, politisch prominent vertreten durch Ministerpräsident Samdhong Rinpoche. Dieser vertritt die Sache eines „freien Tibet“ deutlich offensiver und hat in der Vergangenheit mehrfache Verständnis für die wachsende Gewaltbereitschaft enttäuschter junger Tibeter geäußert, die etwa im Tibetischen Jugendkongress eine organisatorische Plattform finden (Hoppe 1997: 26; *China heute*, XXIII (2004), Nr. 1-2 (131-132), S. 12; vgl. auch Pamphlete und Pressemitteilungen auf der Webseite [www.tibetanyouthcongress.org](http://www.tibetanyouthcongress.org)).<sup>4</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint der Dalai Lama, der sich als religiöses Oberhaupt der Tibeter mit seinem charismatischen Einsatz für den Weltfrieden und den Schutz der natürlichen Umwelt, für ein harmonisches Miteinander der Religionen, für spirituelle Verwirklichung und individuelle Glückseligkeit anhaltender internationaler Beliebtheit erfreut, in seiner Position als Integrationsfigur und Vertreter der politischen Sache Tibets zunehmend geschwächt. Nicht nur aus chinesischer Sicht, sondern auch in der Wahrnehmung der exiltibetischen Gemeinde scheint das Gewicht erheblich gesunken, das er in die Waagschale bilateraler Verhandlungen mit der chinesischen Seite über den zukünftigen politischen Status Tibets werfen könnte. Somit stellt sich die Frage, wie groß die Anreize für die chinesische Führung sind, die verbleibende Lebensspanne des Dalai Lama konstruktiv für eine einvernehmliche Lösung des Tibetkonflikts zu nutzen.

## Die „Tibetfrage“ in der Volksrepublik: Interne Kontroversen

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Tibetkonflikt in der VR China selbst gerade in den letzten Jahren Gegenstand einer intensiven Beschäftigung von Politik, Forschungsinstitutionen und Think Tanks geworden ist. Auf höchster politischer Ebene befasst sich auf Sei-

ten der Politik eine informelle „Führungsgruppe“ mit Angelegenheiten Tibets, der unter anderem Jia Qingling, der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, Liu Yandong, die Leiterin der Einheitsfrontabteilung des ZK, Zhou Yongkang, der Minister für Öffentliche Sicherheit, sowie Außenminister Li Zhaoxing angehören sollen. In den politischen Entscheidungsprozess auf nationaler Ebene sind außerdem die Staatliche Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten, das Staatliche Amt für Religionsangelegenheiten, das Informationsbüro des Staatsrats und das Militär eingebunden (Rabgey/Sharlho 2005). Auf politikberatender und akademischer Seite sind in den vergangenen Jahren, so weit bekannt, mehrere neue Forschungsgruppen eingerichtet worden, so etwa am Development Research Center des Staatsrats und der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften.<sup>5</sup> Spricht dies generell für eine Diversifizierung der Informationsquellen und eine Qualitätssteigerung der Politikanalyse, auf die die parteistaatliche Führung zurückgreifen kann, so dringt von der teilweise durchaus kontroversen Auseinandersetzung mit dem Tibetkonflikt leider sehr wenig nach außen. Grund für die vorrangig interne Diskussion des Themas ist, dass die „Tibetfrage“ nach offizieller chinesischer Darstellung gar nicht existiert, da der politische Status der Autonomen Region Tibet eindeutig geklärt und die einzige noch offene Frage die der Rückkehr des Dalai Lama sei (Xinhua, 9.6.03; Rabgey/Sharlho 2005).

Eines der wenigen expliziten Indizien für die hohe politische Signifikanz, die dem Tibetkonflikt tatsächlich beigemessen wird, fand sich in einem Beitrag der einflussreichen politischen Zeitschrift *Strategie und Management* (*Zhanlüe yu guanli*) im Jahr 1999. Tibet wurde hier als „Schwachstelle“ des chinesischen Territoriums bezeichnet. Dem Dalai Lama sei es im Lauf der 1980er und 1990er Jahre gelungen, die westliche Öffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen, während sich die offizielle chinesische Propaganda als wirkungslos erwiesen habe. Nach dem Tod des Dalai Lama könnten radikalere Kräfte die Oberhand in der exiltibetischen Führung gewinnen. Selbst wenn man den Tibetern erweiterte Autonomierechte einräume, werde Tibet im 21. Jahrhundert eine Quelle der innen- und außenpolitischen Instabilität bleiben (C.a., 1999/5, Ü 7). Soweit bekannt, gibt es auch unter tibetischen Parteiveteranen und im Militär Stimmen, die vor einer Eskalation der ethnischen Konflikte in Tibet warnen und intern Kritik an der repressiven Tibetpolitik der Führung üben. In einem in Parteikreisen jüngst zirkulierten internen Dokument soll es etwa heißen:

[A]nyone who thinks the Tibet issue should be dragged on until after the death of the fourteenth Dalai Lama is naive, unwise and [supporting] the wrong policy. (Zitiert nach Rabgey/Sharlho 2005, dort allerdings ohne Quelle.)

<sup>4</sup>Ende 2002 forderte Samdhong Rinpoche die exiltibetische Gemeinde zu einem Gewaltverzicht bis Sommer 2003 auf, da man der chinesischen Seite bis dahin ein Ultimatum für die Fortsetzung des Dialogprozesses gestellt hatte (C.a., 2002/11, Ü 13).

<sup>5</sup>Informationen der Autorin aus Gesprächen mit chinesischen Sozialwissenschaftlern in Beijing im September 2004.

Kritik wird auch von sozialwissenschaftlicher, insbesondere von ökonomischer Seite laut. So wird die 1999 eingeleitete Strategie einer beschleunigten Entwicklung Westchinas, die auch im Hinblick auf eine soziale und politische Stabilisierung Tibets, Xinjiangs und anderer konfliktträchtiger ethnischer Minderheitengebiete durch wirtschaftliche Modernisierung konzipiert wurde (vgl. oben), als zu kostspielig kritisiert. Eine anhaltende finanzielle „Bluttransfusion“ mit dem Ziel, in den rückständigen Binnenregionen künstlichen Wohlstand zu schaffen und dadurch innere Stabilität zu erkaufen, könne sich der Staatshaushalt nicht dauerhaft leisten. Zudem sei fraglich, ob die Formel „Stabilität durch Wohlstand“ in Tibet überhaupt erfolgreich sein könne. So gebe es Anzeichen, dass die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung der Autonomen Region nicht nur nicht nachhaltig sein könne, sondern auch die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb der tibetischen Bevölkerung, sowie zwischen der tibetischen und der ansässigen Han-chinesischen Bevölkerung verstärke und damit ethnische Konflikte erst recht schüre (Wang 1998; vgl. Rabgey/Sharlho 2005; Fischer 2004; Cooke 2003).

Vereinzelte kritische Stimmen finden sich auch in der öffentlichen Diskussion. So legte im Jahr 2000 der Beijing-Publizist Wang Lixiong einen Essay mit dem Titel „Der Dalai Lama ist der Schlüssel zur Lösung der Tibetfrage“ vor. Darin beschreibt der Autor die heutige Situation in Tibet als fragiler als in den 1980er Jahren, als es zu mehreren ethnischen Unruhen und teilweise eskalierenden Protesten gekommen war. Grund sei unter anderem, dass inzwischen auch unter tibetischen Kadern und Angestellten, die bislang als loyal gegenüber dem chinesischen Parteistaat betrachtet wurden, wachsende Ressentiments gegen die chinesische Herrschaft in der Autonomen Region festgestellt würden. Er empfahl eine konstruktive Lösung des Tibetkonflikts, solange der Dalai Lama am Leben und damit das Angebot eines expliziten Verzichts auf nationale Unabhängigkeit Tibets auf dem Tisch sei (*Taipei Times*, 6.11.00; Rabgey/Sharlho 2005).

Wie diese wenigen Ausschnitte aus der internen, akademischen und öffentlichen Diskussion in China zeigen, gibt es durchaus Indizien einer kritischen Auseinandersetzung mit der Tibetpolitik der parteistaatlichen Führung. Die innen- und außenpolitischen Risiken der bisherigen Politik scheinen dabei ebenso auf der Hand zu liegen wie ihre ökonomischen und sozialen Kosten. Jedoch erscheint es fraglich, ob die versammelten Bedenken ausreichen, um in absehbarer Zeit Anlass für eine konstruktive Neuausrichtung der chinesischen Verhandlungsstrategie gegenüber dem Dalai Lama zu geben. Wie

im Folgenden zu argumentieren sein wird, würde die Aufnahme substanzieller Verhandlungen mit der tibetischen Exilführung auf chinesischer Seite eine genuine Bereitschaft voraussetzen, sich intensiv mit der Frage einer föderalen Reform des chinesischen Territorialstaats auseinander zu setzen.<sup>6</sup>

## Territoriale Forderungen: Der eigentliche Stolperstein

Blickt man auf die Verhandlungspositionen der chinesischen und exiltibetischen Führung, so scheint es, dass die beiden Seiten sich mit zunehmend formalisierten Floskeln seit Jahren im Kreise drehen: Beteuert der Dalai Lama immer wieder, dass er keineswegs die Unabhängigkeit Tibets, sondern nur einen hohen Grad an – zuletzt nur noch kultureller und religiöser – Autonomie für Tibet fordere, so erwidert die chinesische Seite mit prompter Verlässlichkeit, dass Tibet ja bereits, wie in der Verfassung der Volksrepublik niedergeschrieben und in zahlreichen Weißbüchern ausgebreitet, volle Autonomie genieße und die Forderung des Dalai Lama daher jeglicher stichhaltiger Begründung entbehre. Dies zeige, dass er „unaufrichtig“ sei und tatsächlich weiterhin (und im Verein mit westlichen „Anti-China-Kräften“) die Unabhängigkeit Tibets und separatistische Spaltung der staatlichen Integrität Chinas anstrebe (vgl. oben). Es scheint unerklärlich, weshalb die beiden Seiten so weit von einer Einigung entfernt sind, wo sie doch rhetorisch scheinbar so nahe beieinander liegen – „far away, so close“, so könnte man in ironischer Umkehr eines Filmtitels von Wim Wenders die gegenwärtige Situation kennzeichnen.

Ein wichtiger Hintergrund für diese rhetorische „Endlosschleife“ im bilateralen Dialog dürfte in einem fundamentalen Interessengegensatz zu suchen sein, über den die beiden Seiten seit Jahren, zumindest in der Öffentlichkeit, zu sprechen vermeiden. Dabei handelt es sich um die höchst kontroverse Frage nach der territorialen Abgrenzung „Tibets“. So ist in der internationalen Mediendiskussion die Tatsache weitgehend in Vergessenheit geraten, dass sich die Forderungen des Dalai Lama nach einem „hohen Grad an Autonomie“, „echter Autonomie“ etc. für Tibet, wie er sie seit Mitte der 1980er Jahre formuliert hat, nicht auf das Territorium der heutigen Autonomen Region Tibet (ART), sondern auf das gesamte tibetische Siedlungsgebiet auf dem Boden der Volksrepublik China beziehen.<sup>7</sup> Im Wesentlichen handelt es sich dabei neben Zentraltibet (tibetisch: Ü-Tsang) um die tibetischen Provinzen Amdo<sup>8</sup> und Kham, die geogra-

<sup>6</sup>Ich danke Herrn Prof. Thomas Heberer für den Austausch zu diesem Aspekt am Rande eines gemeinsamen Rundfunkinterviews im SWR am 28.6.05.

<sup>7</sup>Auf die komplexe Frage der historischen Genese und strittigen völkerrechtlichen Begründung dieses Territorialanspruchs kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden. Vereinfacht sei hier nur festzuhalten, dass die ursprüngliche Forderung nach einem unabhängigen Tibet, die mit der zwischen 1912 und 1951 de facto gegebenen, völkerrechtlich allerdings nicht anerkannten staatlichen Unabhängigkeit Tibets begründet wird, nur auf Zentraltibet, also im Wesentlichen auf das Gebiet der heutigen ART, bezogen werden kann. Die tibetischen Siedlungsgebiete der historischen Provinzen Amdo und Kham waren im betreffenden Zeitraum bereits deutlich stärker in das chinesische Staatsgebilde eingegliedert und unterstanden auch faktisch nicht der politischen Oberhoheit Lhasas. Eine ausführliche Diskussion dieser Fragen findet sich in Hoppe (1997: 15-41).

<sup>8</sup>Der Geburtsort des Dalai Lama selbst befindet sich in einem Dorf der tibetischen Provinz Amdo auf dem Gebiet der chinesischen

phisch im Nordosten und Osten an die ART angrenzen. Dieses historisch definierte „Gesamt-Tibet“ (tibetisch: Cholka-Sum) umfasst neben der ART und teilweise umstrittenen Regionen an den Grenzen zu Indien, Pakistan, Nepal und Bhutan nahezu die gesamte chinesische Provinz Qinghai sowie Teile der Provinzen Gansu, Sichuan und Yunnan, und damit Gebietsflächen, die insgesamt annähernd doppelt so groß sind wie das Territorium der ART selbst. Von den geschätzten rund 4,5 Mio. Gesamtbevölkerung der betreffenden Gebiete in Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan gehören rund 3 Mio. der Minderheitenbevölkerung an, wovon wiederum mehr als 2,5 Mio. Tibeter sind. Zusammen mit der tibetischen Bevölkerung der ART, deren Zahl nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 2,46 Mio. (offizieller Zensus 2000) und über 3 Mio. (vgl. Hoppe 1997: 27, 43-84; C.a., 2001/4, Ü 19) liegt, kommt man auf eine Gesamtzahl tibetischer Bewohner auf tibetischem Siedlungsgebiet von rund sechs Millionen.<sup>9</sup>

Explizit formuliert wurde dieser Territorialanspruch eines „Gesamt-Tibet“ im „Fünf-Punkte-Plan“ des Dalai Lama von 1987. Gleich im ersten Punkt forderte er „[d]ie Umwandlung von ganz Tibet, einschließlich der östlichen Provinzen Kham und Amdo, in eine Zone des Ahimsa (Gewaltlosigkeit)“ (Hervorhebung durch d.A.); nachrangig wurde hingegen die Frage nach der konkreten Ausgestaltung des politischen Status dieses erweiterten tibetischen Territoriums behandelt, über die gemäß dem fünften Punkt „ernsthafte Verhandlungen“ aufgenommen werden sollten. Zu einer konkreten Verständigung mit der chinesischen Seite über diese territorialen Fragen kam es damals offenbar aber nicht, da Beijing den Fünf-Punkte-Plan des Dalai Lama als Verhandlungsgrundlage rundheraus ablehnte (Rabgey/Sharlho 2005). Ein erneuter expliziter Hinweis auf die Aufrechterhaltung der erweiterten Territorialforderung als einer Kernforderung der Exilführung fand sich drei Jahre später in einer 1990 veröffentlichten Autobiographie des Dalai Lama. Auf dem Innendeckel des Buches ist die Landkarte eines visionären China abgedruckt, die neben dem um Qinghai und Teile von Gansu, Sichuan und Yunnan erweiterten, weitgehend selbstständigen Gesamt-Tibet auch entsprechende eigenständige Territorien „Ostturkestan“ (Autonome Region Xinjiang und Teile der Provinz Gansu), die „Innere Mongolei“ (deckungsgleich mit der Autonomen Region Innere Mongolei) sowie die „Mandschurei“ (auf dem Gebiet der heutigen chinesischen Provinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning) ausweist. Das verbleibende chinesische Stammland, mit

dem die benannten Territorien im Rahmen einer demokratisch verfassten Föderation assoziiert sein sollten, schrumpft auf dieser Karte auf rund ein Drittel des Gebietes der heutigen Volksrepublik zusammen (Dalai Lama 1990: Innendeckel; abgedruckt und analysiert in Hoppe 1997: 29).

Im Gefolge des Stillstands im bilateralen Dialog während der 1990er Jahre schien es offenbar nicht länger opportun, die Vision eines selbstbestimmten Groß-Tibet explizit zu machen. In öffentlichen Ansprachen und Medieninterviews des Dalai Lama finden sich jedoch bis heute Hinweise auf eine zumindest implizite Aufrechterhaltung des Territorialanspruchs. So äußerte er im Oktober 2001 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, er sehe es als seine

[...] moralische Pflicht gegenüber den sechs Millionen Tibetern an, die Tibetfrage mit der chinesischen Führung weiterhin anzusprechen und so lange als freier Sprecher des tibetischen Volkes zu handeln, bis wir eine Lösung gefunden haben. (Dalai Lama 2001)

Wie oben dargelegt, ergibt sich die Zahl von sechs Millionen Tibetern nur unter Einschluss der tibetischen Bevölkerungsteile aus den an die ART angrenzenden Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan. Ähnlich äußerte sich der Dalai Lama zuletzt auch in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Hessischen Friedenspreises Ende Juli in Wiesbaden, als er beklagte, dass die Tibeter in ihrer eigenen Heimat durch eine forcierte Politik der Ansiedlung von Han-Chinesen zur „Minderheit“ geworden seien (n-tv.de, 28.7.05). Auch diese zahlenmäßige Relation einer „Minderheit“ macht nur vor dem Hintergrund eines erweiterten tibetischen Territoriums Sinn, da bei einer Betrachtung der ART allein selbst bei noch so hoher Schätzung des Zustroms Han-chinesischer Migranten nicht von einer Han-chinesischen Mehrheit die Rede sein könnte.<sup>10</sup>

Der klarste Hinweis, dass die exiltibetische Seite von ihrem ursprünglichen erweiterten Territorialanspruch auch im direkten Dialog mit der chinesischen Seite bis heute nicht abgerückt ist, findet sich in einer Äußerung Thuptan Samphals, eines Sprechers der exiltibetischen Regierung in Dharamsala, über den Ausgang des jüngsten Treffens mit dem chinesischen „Unterhändler“ Zhu Weiqun Anfang Juli d.J. in Bern (s. oben). So zitierte das *Wall Street Journal* aus einem Interview mit Samphal:

While China sees Tibet as the area included under the Tibet Autonomous Region, Tibetans claim a much lar-

Provinz Qinghai.

<sup>9</sup>Bei den hier genannten Zahlen handelt es sich nur um grobe Richtwerte ohne Anspruch auf statistische Verlässlichkeit. Hoppe (1997) liefert eine detaillierte Diskussion der verfügbaren demographischen Daten. Auch wenn seine Schätzungen noch auf dem offiziellen Zensus von 1990 beruhen, sind seine statistischen Analysen für die Einschätzung demographischer Entwicklungstrends und Relationen weiterhin sehr hilfreich.

<sup>10</sup>Nach Cooke (2003: 8) liegt der Anteil der Han-chinesischen Bevölkerung nach offiziellen Angaben bei 6%, nach inoffiziellen Schätzungen hingegen bei 10% oder höher. Dies entspricht auch den Ergebnissen in Hoppe (1997: 43-84), der für die frühen 1990er Jahre von einem Han-chinesischen Bevölkerungsanteil zwischen 10 und 15% ausgeht. Selbst bei Annahme einer im Rahmen der 1999 eingeleiteten Kampagne zur Entwicklung Westchinas stark forcierten Han-chinesischen Ansiedlungspolitik der parteistaatlichen Führung erscheint es unrealistisch, ein Anwachsen des Han-chinesischen Bevölkerungsanteils auf dem Gebiet der ART innerhalb weniger Jahre auf über 50% anzunehmen (ausgenommen vielleicht die Hauptstadt Lhasa selbst), zumal die extremen klimatischen Bedingungen des tibetischen Hochplateaus einen Zuzug aus tiefer gelegenen Regionen stark erschweren.

ger area where the culture and language are Tibetan. [...] The most fundamental issue that we still have differences on is the definition of Tibet. (WSJ, 8.7.05)

Dieser seltene Einblick in den inhaltlichen Stand der bilateralen Gespräche zeigt die kaum überbrückbare Differenz der beiden Seiten in dieser fundamentalen Frage territorialer Abgrenzung, in der eine wichtige Erklärung für die anhaltende rhetorische Pattsituation im beiderseitigen Verhältnis zu suchen sein dürfte.

Aus chinesischer Sicht muss der erweiterte territoriale Anspruch der exiltibetischen Führung, der offensichtlich nach wie vor als eine Kernforderung in der exiltibetischen Verhandlungsposition zu betrachten ist, als substanzieller Hinderungsgrund für eine Aufnahme ernsthafter Verhandlungen erscheinen. Denn ungeachtet der Frage nach einer wie auch immer gearteten konkreten Ausgestaltung der tibetischen Forderung nach „echter Autonomie“ würde das zugrunde gelegte Konzept eines „Gesamt-Tibet“ die administrative und rechtliche Herauslösung großer Gebietsflächen aus dem komplexen territorialstaatlichen Zusammenhang und fragilen Vielvölkerstaat der Volksrepublik China implizieren (vgl. Hoppe 1997: 18ff.). Selbst im Fall einer Beschränkung der exiltibetischen Forderung auf kulturelle und religiöse Autonomierechte wären neben der als administrative Einheit verfassten ART zahlreiche tibetische Siedlungsgebiete betroffen, die bislang meist als Autonome Präfekturen innerhalb der administrativ jeweils übergeordneten vier Provinzeinheiten ausgewiesen sind; eine gleichmäßige Umsetzung erweiterter Autonomierechte für alle Tibeter würde daher – abgesehen von den praktischen Problemen für die in diesen Bezirken ansässigen Han-chinesischen und anderen ethnischen Minderheitenbevölkerungen – einen erheblichen Eingriff in die administrativen Kompetenzen und politischen Interessen mehrerer Provinzen mit sich bringen. Angesichts der potenziellen Analogiewirkungen, die der hypothetische Präzedenzfall einer solchen administrativ-rechtlichen Neugestaltung des tibetischen Siedlungsraums auf die Frage des politischen Status der Autonomen Region Xinjiang und anderer ethnischer Minderheitengebiete, ganz zu schweigen vom kontroversen Status Taiwans, entfalten würde, scheint der Anreiz für die chinesische Seite äußerst gering, an diesen sensiblen Punkt überhaupt nur zu rühren.

Zwar erscheint es in der längeren Frist nicht völlig ausgeschlossen, dass das Thema einer föderalen Reform des chinesischen Staatsgebildes auf die politische Agenda gesetzt werden könnte – in der politikwissenschaftlichen Diskussion liberaler Intellektueller wie Liu Juning finden sich bereits seit einigen Jahren Ansätze eines Föderalismus-Diskurses auch in China selbst (Liu 2002a, 2002b). Auslöser für eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit solchen föderalistischen Ansätzen dürfte aber nicht die „Tibetfrage“, sondern die im außen- und sicherheitspolitischen Kontext wesentlich höher aufgehängte „Taiwanfrage“ sein. Umgekehrt hingegen zu erwarten, dass die parteistaatliche Führung Chinas zulas-

sen könnte, ausgehend von der „Tibetfrage“ den Stein föderaler Reformen und damit auch die „Taiwanfrage“ ins Rollen zu bringen, erscheint aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich. Auch wenn die innen-, außen- und sicherheitspolitischen Risiken sowie die ökonomischen und sozialen Kosten der gegenwärtigen Tibetpolitik in der Volksrepublik durchaus wahrgenommen werden, dürfte eine Fortsetzung der in den letzten Jahren praktizierten Kombination aus wirtschaftlicher Modernisierung, rigider politischer und religiöser Kontrolle und gezielter Ansiedlung von Han-Chinesen als die probateste Strategie gelten, um den Tibetkonflikt „auszusitzen“.

## Ein, zwei oder kein Dalai Lama? Tibets ungewisse Zukunft

Nach dieser Diskussion der politischen Aussichten für eine Aufnahme ernsthafter Verhandlungen zwischen der exiltibetischen Führung und China stellt sich zuletzt noch einmal die Frage nach dem zukünftigen Schicksal des Dalai Lama und damit verbunden nach der Zukunft Tibets.

Bleibt es, wie hier argumentiert, bei der chinesischen Strategie eines „Aussitzens“ des Tibetkonflikts, so scheinen die Chancen des Dalai Lama auf eine Rückkehr nach Tibet – abgesehen vielleicht von möglichen auf die internationale Medienwirksamkeit abstellenden „privaten“ Kurzbesuchen – sehr gering. So bemüht sich die parteistaatliche Führung seit einigen Jahren, den von chinesischer Seite anerkannten 11. Panchen Lama<sup>11</sup> anstelle des Dalai Lama als regierungstreues Religionsoberhaupt der Tibeter innerhalb der Volksrepublik „aufzubauen“. Der heute 14-jährige Panchen Lama, der 1995 als „offizielle“ Gegenfigur zu der von tibetischer Seite identifizierten und seither verschleppten Reinkarnation des 10. Panchen Lama bestimmt wurde, trat zuletzt im Februar dieses Jahres in den chinesischen Medien als willfähiges Instrument der parteistaatlichen Führungsspitze auf, der gegenüber er sich zum Patriotismus und zur Wahrung der nationalen Einheit im chinesischen Vielvölkerstaat verpflichtete (Xinhua, 19.4.05, nach BBC PF, 25.04.05; WSJ, 3.2.05; FAZ, 8.7.05; Slobodnik 2004). Soweit bekannt, werden die religiösen Würdenträger in Tibet von den Behörden seit einiger Zeit verstärkt dazu angehalten, die Autorität des 11. Panchen Lama anzuerkennen, während die Verehrung des Dalai Lama unter tibetischen Funktionären, aber auch in der Bevölkerung der ART, immer häufiger Anlass für zum Teil schwerwiegende Repressalien ist (Meston 2003; *China heute*, XXXIV (2005), Nr. 1-2 (137/138), S. 7; WSJ, 9.7.04).

Der Dalai Lama hat für den Fall eines Scheiterns seiner Rückkehr nach Tibet zu Lebzeiten taktisch mehrfach vorgebaut: So kündigte er im Oktober 2000 an, dass seine Reinkarnation für den Fall einer bis zu seinem Tod ausbleibenden Lösung des Konflikts nicht auf dem Gebiet der Volksrepublik, sondern an einem Ort außerhalb

<sup>11</sup>Der Panchen Lama gilt nach dem Dalai Lama als der zweithöchste religiöse Würdenträger im tibetischen Buddhismus.

Chinas zu finden sein werde (C.a., 2000/11, Ü 15).<sup>12</sup> Erst im Juni dieses Jahres modifizierte er diese Ankündigung in einem Medieninterview mit den Worten:

If I were to die in the next few months or before we were able to return to Tibet, there will be a new Dalai Lama. [...] But if we cease to be a refugee community and live in a democratic Tibet, then I don't think there should be a successor to me after I die. (Agence France Press, 22.6.05)

Mit anderen Worten stellte der Dalai Lama hiermit in Aussicht, im Falle einer baldigen einvernehmlichen Lösung des Tibetkonflikts auf eine Reinkarnation als 15. Dalai Lama verzichten und die seit dem 15. Jahrhundert bestehende „Institution“ des Dalai Lama damit offenbar gänzlich beenden zu wollen.

Sollte ihm die Rückkehr in ein „demokratisches“ Tibet hingegen bis zu seinem Tod verweigert bleiben, so die Implikation seiner früheren Aussage, müsste die parteistaatliche Führung damit rechnen, dass von der exiltibetischen Führung ein 15. Dalai Lama außerhalb des chinesischen Territoriums identifiziert würde, der die Bemühungen der parteistaatlichen Führung um eine Stabilisierung des ethnisch-religiösen Konflikts um Tibet langfristig konterkarieren könnte. Sollte die chinesische Seite – dem Beispiel des 11. Panchen Lama folgend – auf der Identifizierung einer Reinkarnation des Dalai Lama auf eigenem Territorium bestehen, wie sie zuletzt explizit angekündigt hat (SCMP, 19.7.05), so könnte es gar zu einem Schisma zwischen einem „offiziellen“ chinesischen und einem „authentischen“ exiltibetischen Dalai Lama kommen. Eine einvernehmliche Lösung des Tibetkonflikts würde damit in weitere Ferne rücken.

Wie diese Spekulationen im Graubereich religiöser und politischer Macht nahelegen, birgt der Tibetkonflikt weiterhin vielfältige Komplexitäten, die die Zukunft Tibets und des Dalai Lama als hochgradig ungewiss erscheinen lassen. Wenig realistisch erscheint die Aussicht einer einvernehmlichen Lösung des Tibetkonflikts und einer Rückkehr des 14. Dalai Lama aus dem Exil noch zu seinen Lebzeiten. Zwischen einer zunehmenden Erodierung religiöser und ethnischer Identität der Tibeter im Gefolge erfolgreicher wirtschaftlicher Modernisierung und einer Eskalation nationalistischer motivierter ethnisch-religiöser Gewaltkonflikte auf gesamtem tibetischen Siedlungsgebiet scheinen hingegen alle Entwicklungswege denkbar.

## Quellen

Cooke, Susette (2003), „Great Western Development in the Tibet Autonomous Region: Merging Tibetan culture into the Chinese economic fast-lane“, unveröffentlichtes Manuskript, vorgestellt auf der International Conference „Opening Up the West: China's Regional Development Policy“, Mai 2003 in Hamburg

Dalai Lama (1990), *Das Buch der Freiheit. Autobiographie*, Bergisch Gladbach

Dalai Lama (2001), „Rede S.H. des Dalai Lama vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 24. Oktober 2001“ (Übersetzung von Dr. Annette Rehl). Online: <http://www.tibet-initiative.de/Kap9/dwnlds/dalairede.pdf> (Aufruf: 25.6.05)

Fischer, Andrew M. (2004), *State Growth and Social Exclusion in Tibet: Challenges of Recent Economic Growth*. Copenhagen: Nordic Institute of Asian Studies Press

Goodman, David S.G. (2004), „The Campaign to 'Open Up the West': National, Provincial and Local Perspectives“, in: *China Quarterly*, 178 (June), Special Issue: „China's Campaign to 'Open Up the West': National, Provincial and Local Perspectives“, S. 292-334

Holbig, Heike (2004), „The Emergence of the Campaign to Open Up the West: Ideological Formation, Central Decision-making and the Role of the Provinces“, in: *China Quarterly*, 178 (June), Special Issue: „China's Campaign to 'Open Up the West': National, Provincial and Local Perspectives“, S. 335-357

Hoppe, Thomas (1997), *Tibet Heute. Aspekte einer komplexen Situation*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 281, Hamburg: Institut für Asienkunde

Liu Junning (2002a), „Liansheng zizhi: ershi shiji de lianbang zhuyi changshi“ (Selbstverwaltung in den Provinzen: Ein Versuch des Föderalismus im 20. Jahrhundert), in: *Zhanlüe yu Guanli* (Strategy and Management), Nr. 5, S. 17-28

Liu Junning (2002b), „Lianbangzhuyi: Ziyoushuyi de daguo fang'an“ (Föderalismus: Eine liberale Lösung für einen Megastaat), in: *Ziyou yu chengxu: Zhongguo xuezhe de guandian* (Freiheit und Ordnung: Ansichten chinesischer Wissenschaftler), Beijing: Shehui Kexue Chubanshe

Meston, Wangchuk (2003), „Rebellion and Repression in Tibet“, in: *China Brief*, Vol. 3, Issue 7, (8.4.03)

Rabgey, Tashi/Sharlho, Tsetsen Wangchuk (2005): „Sino-Tibetan Dialogue in the Post-Mao Era: Lessons and Prospects“ (East-West Center Washington Policy Studies 12). Online: <http://www.eastwestcenterwashington.org/Publications/pseriespdf12.htm> (Aufruf 28.7.05)

Slobodnik, Martin (2004), „Religionspolitik gegenüber dem Tibetischen Buddhismus in der Volksrepublik China. Einige einführende Bemerkungen“, in: *China heute*, XXIII, Nr. 3 (133), S. 97-101

Wang Tianjin (1998), *Qingzang Gaoyuan Renkou yu Huanjing* (Bevölkerung und ökologische Nachhaltigkeit auf dem Qinghai-Tibet-Plateau), Beijing: Zhongguo Zangxue Chubanshe

<sup>12</sup>Bei den Reinkarnationen im tibetischen Buddhismus handelt es sich um bewusste vollzogene Wiedergeburten.

# Großkampagne gegen illegales Glücksspiel auf dem Festland

Liu Jen-Kai

Das Jahr 2005 wurde in China als Jahr der Korruptionsbekämpfung deklariert, und das Glücksspiel gilt als neuer Kriegsschauplatz. „Das Glücksspiel verbieten – das neue Schlachtfeld im Kampf gegen Korruption“, hieß es in der *Volkszeitung* (RMRB, 2.2.05).<sup>1</sup> „Glücksspiel ist das Opium des 21. Jahrhunderts“, geißelte ein Kommentator in einer Shanghaier Zeitung (*Shanghai Star* 2005a). Im Folgenden werden die Hintergründe und Maßnahmen einer landesweiten Kampagne beschrieben, die dieses Jahr zur Bekämpfung des illegalen Glücksspiels ausgerufen wurde, und die Erfolgsaussichten bewertet.

## Das alte Laster lebt wieder auf

Glücksspiel, Prostitution und Drogen wurden als „Laster des Alten China“ nach Gründung der Volksrepublik verboten. In der maoistischen Ära gab es keine gravierenden Probleme mit dem Glücksspiel. Da man nicht über viel Geld verfügte, spielte man zu Hause zur Erholung und um kleine Einsätze, vor allem Majiang (Mah Jong). Mit Chinas Öffnung nach außen und der Propagierung der „sozialistischen Marktwirtschaft“, in der nach Deng Xiaoping „Reichtum keine Schande“ ist, hat sich dies geändert, die Einkommen sind gestiegen, eine zahlungskräftige Mittelschicht ist entstanden, Privatunternehmer genießen Ansehen und zeigen ihren neuen Wohlstand, soziale Kontrollen greifen nicht mehr wie früher, denn viele leben vom Heim ihrer Familie und vom Straßenkomitee entfernt. Mit dem notwendigen „Kleingeld“ in der Tasche und aufgrund der Reiseerleichterungen können Chinesen nun wieder ungehemmt ihrer Spielleidenschaft fröhnen. „Glücksspiel ist ein großer Bestandteil der menschlichen Natur der Chinesen“, so Hu

Xingdou, Wirtschaftsprofessor am Beijinger Technologieinstitut.

Es wird einfach nicht gelingen, es vollständig zu verbieten. [...] Chinesen sind die größten Spieler auf der Welt. Tausende von Jahren unter einem imperialen System, das die Menschen unten zu halten suchte, haben [bei ihnen] eine Mentalität herangebildet zu versuchen, über Nacht ganz reich zu werden, vorzugsweise ohne harte Arbeit. (Magnier 2005)

So ist es kein Wunder, dass chinesische Touristen in den Kasinos der Nachbarländer, in Macau, oder sogar in Australien und Amerika<sup>2</sup> ihr Glück versuchen.<sup>3</sup> Nach Schätzungen des China-Zentrums für Lotteriestudien der Universität Beijing, Chinas einziger Forschungseinrichtung zu diesem Thema, haben Chinesen im letzten Jahr über 600 Mrd. RMBY (72 Mrd. US\$) außerhalb des chinesischen Festlands verspielt (Magnier 2005).<sup>4</sup> Schätzungsweise acht von zehn chinesischen Touristen besuchen in den Nachbarländern Kasinos (Magnier 2005). Vor allem die High Rollers, die auch schon mal bei einem Einsatz 100.000 US\$ platziert, werden überall hofiert. „Die Glücksspielkasinos außerhalb Chinas fungieren wie riesige Pumpen, die aktiv Geld aus den Taschen von Chinesen ziehen und so eine potenzielle Bedrohung der nationalen Wirtschaft und sozialen Stabilität darstellen“ (*Shanghai Star* 2005a).

Die großen amerikanischen Kasinokonzerne haben alle ihre Junket-Agenten<sup>5</sup> in China, die Kunden für ihre Kasinos ködern sollen: Las Vegas Sands (LVS) beschäftigt Junket-Agenten u.a. in Shanghai, Caesars und MGM Mirage in der nordöstlichen Stadt Dalian. Diese Junket-Agenten arbeiten normalerweise auf Kommissionsbasis, und obwohl sie die Namen der Kasinos, die sie repräsentieren, verwenden, gehören die Büros, die sie er-

<sup>1</sup>Die *Renmin Ribao* widmete der Bekämpfung des Glücksspiels eine ganze Seite unter dieser Schlagzeile. Eine Zwischenüberschrift lautete: „Glücksspiel innerhalb und außerhalb der Grenzen gefährdet das Prestige der Partei und die Autorität der Regierung“.

<sup>2</sup>Die Zahl der chinesischen Besucher in Las Vegas wird für 2004 auf 12.000 bis 20.000 geschätzt (TS, 16.05).

<sup>3</sup>In Guangzhou z.B. kann der Tourist einen Charterflug auf die südpazifische Inselgruppe Northern Marianas buchen. Den Flug sponsert das dortige Tinian Dynasty Hotel and Casino (TS, Weekend, 29.-30.1.05). Vor allem zum chinesischen Neujahrsfest erleben diese Kasinoresorts einen wahren Ansturm chinesischer Gäste.

<sup>4</sup>Nach Ansicht von Prof. Wang Hongjun von der Universität für öffentliche Sicherheit des chinesischen Volkes sind diese Schätzungen allerdings übertrieben (CD, 14.1.05). Der Betrag würde einem Drittel des Gesamtzuwachses an Devisen in China 2004 entsprechen (SCMP, 2.2.05). 1997 waren 48 Mrd. US\$ verspielt worden (Magnier 2005).

<sup>5</sup>Ein Junket ist ein Pauschal-Reiseangebot, bei dem sich die Spieler verpflichten, in einem Kasino einen bestimmten Betrag zu setzen, und dafür günstigere Preise bekommen.

öffnen, ihnen selbst. Mit Eröffnung des Venetian Macau 2007 erhofft sich Las Vegas Sands eine Schärfung seines Profils auf dem Festland. Das Venetian biete Konferenzeinrichtungen, ein großes Hotel und andere Angebote, die nichts mit Glücksspiel zu tun hätten und für die man ohne weiteres in China werben könne, so Präsident Weidner. Der Kasinomogul Steve Wynn, dessen Wynn Resorts nächstes Jahr in Macau eröffnen wird, sieht das ähnlich. „Das Letzte, was wir tun wollen, ist die chinesische Regierung zu verärgern. Sie haben eine ganz klare Linie gezogen“ (TS, 25.4.05).

Wer keine Möglichkeit oder Lust hat, ins Ausland oder nach Hongkong und Macau zu reisen, kann auch auf dem chinesischen Festland sein Glück im Spiel suchen, und das auf vielerlei Weise: auf Glücksspiel-Webseiten, bei illegalen Lotterien wie der Mark-Six-Lotterie (*liu he cai*),<sup>6</sup> Fußball- und Pferderennwetten und in illegalen Spielhallen. Nach Statistiken von Ämtern für öffentliche Sicherheit gibt es im Land über hundert verschiedene Arten des Glücksspiels (Lan 2005). Legal sind auf dem chinesischen Festland seit den 1980er Jahren nur die beiden staatlichen Lotterien, die Wohlfahrtslotterie, die unter der Ägide des Ministeriums für Zivilverwaltung steht, und die Sportlotterie, die von der Allgemeinen Sportverwaltung veranstaltet wird (SCMP, 14.7.05). Die illegalen Verkäufe der Mark-Six-Lose setzen diesen autorisierten Lotterien sehr zu. In China kann man vor allem im Perlflossdelta Lose der Mark-Six-Lotterie kaufen und auf Fußballspiele im Ausland wetten.<sup>7</sup> Vielleicht ist Fußball deshalb so beliebt und erhält so viel Sendezeit im Fernsehen. Auch Wetten auf Pferderennen in Hongkong und Macau stellen kein Problem dar. Das Online-Glücksspiel, das die Betreiber weniger kostet und von den Behörden schwerer zu enttarnen ist, hat sich auf über 20 Provinzen ausgebreitet (Lan 2005). Während die Zentralregierung seit Jahren alle nur erdenklichen Technologien eingesetzt hat, um seinen Bürgern den Internetzugang zu internationalen Nachrichten und Porno-Seiten zu verwehren, blieben ausländische Glücksspiel-Webseiten und ihre Anzeigen in staatlichen Medien lange Zeit unbeachtet. Die Geduld Beijings war wohl zu Ende, als Citic Pacific, ein in Hongkong notierter Zweig des staatlichen Unternehmens China International Trust and Investment im Herbst letzten Jahres in Macau eine Webseite einrichtete, die chinesischsprachiger Klientel Sportwetten offerierte (TS, Weekend, 29.-30.1.05). Wetten sind auch über das Handy möglich, und eine verbesserte Technologie macht die Zahlung per Kreditkarte oder Banküberweisung einfacher. Illegale Online-

Glücksspielringe auf dem Festland haben oft Verbindungen zu Verbrechersyndikaten in Hongkong und auf Taiwan. Und *last not least* gibt es die Kreuzfahrtschiffe, die von chinesischen Häfen aus internationale Gewässer aufsuchen und Glücksspiele anbieten.<sup>8</sup>

## Die Maßnahmen von Partei und Regierung

Mit dem harten Durchgreifen gegen das Glücksspiel wurde auf dem Festland in der zweiten Hälfte 2004 begonnen. Im September 2004 gaben die Zentrale Disziplinkontrollkommission (ZDK) und die ZK-Organisationsabteilung die „Mitteilung über die strenge Untersuchung und Behandlung von Parteimitgliedern und Kadern, die am Glücksspiel teilnehmen“ in Umlauf. Auf der 4. Plenartagung der ZDK am 20. September 2004 nannte Sekretär Wu Guanzheng das „strikte Verbot für Parteimitglieder und Kader, in irgendeiner Form am Glücksspiel teilzunehmen“, eine wichtige Aufgabe (Yi 2005: 47). Im November 2004 kündigte die ZDK an, dass jedes Parteimitglied, das zum Spielen ins Ausland gehe, aus der Partei ausgeschlossen werde (SCMP, 7.3.05). Die Polizei in den Küstenprovinzen sprengte Kartenspiel-, Fußball- und Cricket-Wettringe und zwang den Beijinger Jockey-Club, seine Rennen einzustellen.<sup>9</sup> Im Dezember soll eine erste Kampagne in Yunnan zur Schließung von über 60 Glücksspielstätten in Myanmar, Laos und Vietnam geführt haben (TS, Weekend, 29.-30.1.05).

Der Minister für öffentliche Sicherheit, Zhou Yongkang, erklärte dem Glücksspiel dann Anfang des Jahres den Krieg (Magnier 2005). Am 11. Januar 2005 startete das Ministerium für öffentliche Sicherheit eine fünfmonatige landesweite Antiglücksspielkampagne. Der Minister rief die Polizeistellen im ganzen Land auf, im Kampf gegen das Glücksspiel zusammenzuarbeiten, das „ernsthaft die sozioökonomische Entwicklung und die fundamentalen Interessen der Menschen unterminiert“ habe. Die Kampagne werde sich auf Regionen konzentrieren, in denen das Glücksspiel überhand nehme.<sup>10</sup> Partei- und Regierungsbeamte sowie leitende Angestellte in staatlichen Unternehmen, die sich am illegalen Glücksspiel beteiligten, würden härter bestraft werden. Die Hauptziele des Schlags richteten sich gegen das Glücksspiel mit Anbietern im Ausland, Online-Glücksspiel und Lotterien wie die Hongkonger Mark-Six-Lotterie.

Für die Bekämpfung des Glücksspiels ist ein zentrales Büro unter dem Ministerium für öffentliche Sicherheit

<sup>6</sup>Diese Hongkonger Lotterie ist in den beiden Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau erlaubt, auf dem Festland aber verboten.

<sup>7</sup>Über 1 Mrd. US\$ sollen Glücksspielringe allein an Wetteinsätzen bei internationalen Fußballspielen einsammeln (TS, Weekend, 29.-30.1.05).

<sup>8</sup>Ein solches Schiff ist z.B. die „Ming Fai Princess“, die im Besitz des in Hongkong notierten Unternehmens China Golden Development ist. Sie verbuchte in den ersten elf Monaten 2004 Einnahmen in Höhe von 128,5 Mio. HK\$ (TS, Weekend, 29.-30.1.05). Das Schiff läuft aus dem Hafen von Haikou in der Provinz Hainan aus.

<sup>9</sup>Der 2001 gegründete Beijing Jockey Club ist die landesweit größte Rennbahn mit Gestüt. „Die Chinesen lieben jede Art von Lotterie, Wetten oder Glücksspiel. Wetten sind momentan in China nicht legal, werden es aber in den kommenden Jahren vielleicht sein. Daher setzen wir viel aufs Spiel, um als erste einzusteigen“, so der Ire Kevin Connolly, Rennleiter und Cheftrainer des Clubs (Godfrey 2004).

<sup>10</sup>Dies sind vor allem die Provinzen Guangdong, Hainan und Yunnan.

zuständig (CD, 8.3.05), das 17 Regierungsstellen vereint. Das zentrale Sonderkommando wird vom stellvertretenden Minister für öffentliche Sicherheit, Zhang Xinfeng, geleitet.<sup>11</sup> In vielen Städten, wie z.B. in der Provinz Guangdong, gibt es ebenfalls Sonderkommandos. Telefondienste und eine Webseite (www.cyberpolice.cn) wurden eingerichtet, bei denen man illegales Glücksspiel melden kann (XNA, 19.1.05). Wertvolle Hinweise werden vom Ministerium für öffentliche Sicherheit mit 3.000 bis 10.000 RMBY belohnt (XNA, 26.5.05).

Spielautomaten, Majiang-Spiele, Computer, Videogeräte und anderes elektronisches Zubehör, das im Glücksspiel Verwendung findet, werden – wie bei Razzien gegen Raub-CDs und -Videos – in öffentlichen Großaktionen mit Bulldozern vernichtet, illegale Majiang-Stätten ausgehoben<sup>12</sup> und die Touristenströme zu den Grenzkasinos unterbunden.

Das Glücksspiel gilt weithin als Wiege der Korruption in China. Milliarden von Yuan werden durch Geldwäsche ins Ausland gebracht. Die Behörden haben Kasinos als eine Quelle der Kapitalflucht ausgemacht, in denen illegale Geschäftsprofite, veruntreute öffentliche Gelder und Bestechungsgelder, die Beamte erhalten haben, in Jetons aufgehen (SCMP, 31.12.04; TS, 29.3.05). Die Chinesische Bankenaufsichtskommission gab Anfang 2005 ein Rundschreiben heraus, in dem sie alle Banken und Finanzinstitute drängte, die Aufsicht über Geldwechsel zu verschärfen. Chinesische Banken sind gehalten, im Ausland keine Geldautomaten in der Nähe von Grenzübergängen und Zweigstellen an Glücksspielorten zu errichten, diesbezügliche Internet-Dienstleistungen anzubieten und Kreditkarten-Zahlungen bei Glücksspiel-Transaktionen zu stoppen. Insbesondere beim Online-Glücksspiel erfolgt der Geldtransfer normalerweise über Bankkonten (XNA, 3.2.05; McDonald 2005; TS, Weekend, 29.-30.1.05).

Der stellvertretende Minister für Informationsindustrie, Xi Guohua, kündigte im Januar 2005 eine landesweite gründliche Überprüfung des Zugangs zu Glücksspiel-Webseiten und ein hartes Durchgreifen gegen das Online-Glücksspiel an. Glücksspiel-Webseiten ausländischer Unternehmen würden geschlossen (XNA, 19.1.05).<sup>13</sup>

Hohe Beamte der öffentlichen Sicherheit gelobten, gegen die Büros ausländischer Glücksspielgesellschaften vorzugehen (XNA, 12.1.05)<sup>14</sup> wie auch gegen Agenten ausländischer Kasinos. „Die Kampagne wird versuchen, die Kanäle, durch die viele Chinesen zum Glücksspiel ins Ausland gehen, zu blockieren“, kündigte der Minister für öffentliche Sicherheit Zhou Yongkang an (TS, Weekend, 29.-30.1.05).

Das Ministerium für öffentliche Sicherheit zog im Sommer eine Bilanz der Kampagne. Es gab am 14. Juli

2005 bekannt, dass die Polizei in 163.000 Fällen gegen das Glücksspiel vorgegangen sei. In ganz China habe die Polizei Glücksspielgelder im Wert von 2,33 Mrd. RMBY (281 Mio. US\$) sowie 77.000 Computer und Videogeräte sichergestellt. Alle 70 größeren Fälle seien gelöst. Von den festgenommenen Verdächtigen hätten 1.479 eine Gefängnisstrafe erhalten, 3.874 seien strafrechtlich verfolgt worden, 5.115 würden durch Arbeit umerzogen, und 105.000 befänden sich noch in Untersuchungshaft. Unter den bereits Festgenommenen waren 1.617 Beamte, 47 von ihnen Leiter von Unterabteilungen (*ke*) oder Leiter von Regierungsabteilungen (XNA, 14.7.05).

## Die hohen Funktionäre und ihre Spielsucht

Im Visier der Kampagne stehen in erster Linie Partei- und Regierungsbeamte sowie Geschäftsführer staatlicher Unternehmen, die aus Spielsucht öffentliche Gelder veruntreuen, so Bai Jingfu, stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit. Vor allem seien es korrupte Beamte, die im Ausland mit illegalen Geldern spielten. Kasinos lagen traditionell in Chinas südostasiatischen Nachbarstaaten, aber in den letzten Jahren haben Russland, Nord- und Südkorea und auch die Mongolei diesen lukrativen Markt entdeckt und Kasinos gebaut. Die Gesamtzahl schätzt ein Verantwortlicher der Kampagne auf fast 200 (TS, 15.1.05).<sup>15</sup> Diese Kasinos richten sich eindeutig an die chinesische Klientel, da in den genannten Ländern selbst das Glücksspiel verboten ist. Die meisten Besucher dieser Grenzkasinos sind denn auch chinesische Staatsbürger. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit, so Bai Jingfu, werde die Grenzkontrollen verstärken und die Köder, mit denen ausländische Kasinos chinesische Kunden anlockten, ausschalten (CD, 14.1.05). Er erwähnte jedoch nicht, ob die Kasinobesuche von Festlandchinesen in Macau in den Rahmen der Kampagne fallen werden. Nach Ansicht des Geschäftsführers von Wynn Resorts Macau, Grant Bowie, bezieht sich das harte Durchgreifen nur auf Glücksspielreisen von Regierungs- und Parteifunktionären (TS, 15.1.05).

Am 17. Februar 2005 gab die Partei einen Erlass heraus, der es höheren Kadern verbietet, im In- und Ausland zu wetten. Besonders gravierend ist das Problem bei Beamten der Provinzregierung von Guangdong. Deshalb ordnete die Partei an, dass Funktionäre von der Ebene der stellvertretenden Direktoren der Steuer-, Finanz- und Währungsabteilungen aufwärts ihren Pass und ihre Einreiseerlaubnis für Hongkong und Macau der jeweils zuständigen Personalabteilung aushändigen müssen. Für Reisen nach Macau müssen sie von

<sup>11</sup>Zhang Xinfeng wurde im April 2005 vom assistierenden Minister für öffentliche Sicherheit zum stellvertretenden Minister befördert. Er bekleidet auch noch den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalen Kommission für Rauschgiftkontrolle.

<sup>12</sup>In Jilin wurden 419 Majiang-Hallen, die als Erholungszentren für Ältere getarnt waren, geschlossen (ST, 4.4.05).

<sup>13</sup>Wu Dongli, stellvertretender Leiter des Antiglücksspiel-Sonderkommandos, gab am 15. April 2005 bekannt, dass 89 Glücksspielportale entfernt und 1.620 Glücksspiel-Webseiten des In- und Auslands blockiert worden seien (SCMP, 16.4.05).

<sup>14</sup>Die Generalverwaltung für Industrie und Handel (State General Administration of Industry and Commerce) hat ihren Zweigstellen aufgetragen, es ausländischen Glücksspielunternehmen zu untersagen, in China Büros zu eröffnen (XNA, 28.2.05).

<sup>15</sup>Der *Shanghai Star* (2005b) geht von ca. 160 Kasinos aus.

ihren Vorgesetzten eine Erlaubnis vorweisen (SCMP, 31.12.04). Macau seinerseits, heißt es, meldet verdächtige Spieler nach Beijing (Magnier 2005). Festlandchinesen dürfen offiziell 20.000 RMBY (2.400 US\$) an Bargeld mit nach Macau nehmen (CD, 1.3.05). Aber es gibt viele andere Wege der Geldbeschaffung. In Zhuhai, der Nachbarstadt von Macau, befindet sich z.B. ein unterirdisches Einkaufszentrum, das zur Einwanderungshalle und dann zu den Spieltischen in Macau führt. Dort haben Getränke- und Zigarettensstände elektronische Geldzählmaschinen, die sonst nur in Banken zu finden sind. Selbst der Umtausch von 200.000 RMBY (30.478 US\$) in HK\$ bereitet keine Probleme (china.net 2005).<sup>16</sup> Ein Netzwerk von Untergrundbanken auf dem Festland, viele mit Kasinos auf der anderen Seite der Grenze verbunden, schaffen das Geld ins Ausland. Stanley Hos Kasinokonzern SJM gilt als die größte Geldwaschanlage für chinesisches Geld, meint Dr. Liu Renwen, der sich an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften mit Strafrecht befasst. Macaus Kasinokönig müsse eigentlich von den Vorgängen wissen, doch da er eine Person des öffentlichen Lebens und sehr wichtig für Macau sei und überdies in den Augen der Zentralregierung als „Patriot“ gelte, bleibe er unbehelligt (china.net 2005).

Fälle von hohen Beamten, die in den letzten Jahren in Kasinos in Nordkorea und Macau öffentliche Gelder verspielten, wurden in der Presse und auf Pressekonferenzen angeprangert. Die Strafen reichen von Amtsenthaltung und Parteiausschluss bis zu lebenslänglicher Haft oder sogar Todesstrafe. Einige besonders spektakuläre Fälle machen das ganze Ausmaß der Spilleidenschaft und Korruption deutlich:

- Cai Haowen, ein Abteilungsleiter koreanischer Nationalität im Transportbüro von Yanbian, Provinz Jilin, war der steckbrieflich meistgesuchte Regierungsbeamte. Er verspielte 2004 bei 27 Kasinobesuchen in Nordkorea 3,51 Mio. RMBY (423.000 US\$). Cai floh im November 2004 und wurde im Februar 2005 nach einem Hinweis festgenommen. Die Polizei hatte für seine Festnahme eine Belohnung von 50.000 RMBY ausgesetzt (CD, 14.1., 4.2.05; PDE, SCMP, 7.2., 7.3.05).
- Der stellvertretende Bürgermeister der Küstenstadt Xiamen, Lan Fu, der mit seiner Frau nach Australien geflohen war, erhielt die Todesstrafe mit Aufschub. Lan hatte in Macau an einem Tag 3,5 Mio. RMBY verspielt (Yi 2005: 48).
- Ma Xiangdong, der frühere stellvertretende Bürgermeister der Stadt Shenyang, ging in zweieinhalb Jahren 17-mal auf Glücksspielreisen; in drei Tagen verlor er über 10 Mio. RMBY (RMRB, 2.2.05). Er wurde im Dezember 2000 hingerichtet (XNA, 9.12.04).

- Zhang Xiaochuan, ehemaliger Direktor des Rundfunk- und Fernsehantes von Chongqing, veruntreute 200 Mio. RMBY (24,15 Mio. US\$), um in Macau zu spielen (Lan 2005).
- Li Shubiao, ein früherer Verwaltungsdirektor im öffentlichen Wohnungsbau, soll 120 Mio. RMBY (14,5 Mio. US\$) veruntreut und 80 Mio. RMBY (9,7 Mio. US\$) davon in Macau verspielt haben. Eine Untergrund-Bank in Zhuhai, die ihm beim Transfer des Geldes nach Macau half, wurde von der Polizei enttarnt (CD, 1.3.05; *Shanghai Star* 2005b; XNA, 16.5.05).
- Die Zeitung *Beijing Daily Messenger* meldete, das ein Vater seinen gerade geborenen Sohn für 9.000 RMBY verkauft habe, um Lotterielose kaufen zu können. Er wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt (PDE, 10.5.05).

## Massives Vorgehen gegen die Kasinos an Chinas Grenzen

In der Vergangenheit sind die Grenzkasinos stillschweigend toleriert worden. Die großzügige Vergabe von Grenzpassierscheinen und die laxe Durchsetzung der Währungskontrolle trugen dazu bei, dass das Kasinogeschäft blühte. Die Kasinos, die meist in den armen Nachbarländern eröffnet wurden, waren auf chinesische Unterstützung angewiesen. Oft versorgten chinesische Behörden sie sogar mit Elektrizität. Provinzregierungen erlaubten es den Grenzkasinos, Personal über Joblisten der Regierung anzuheuern, und förderten Kasinotouren auf offiziellen Reise-Webseiten (TS, Weekend, 29.-30.1.05). Die meisten Stammkunden kamen aus China, und einige Kasinos wurden sogar von Chinesen finanziert und geleitet. Mit Hilfe der Lokalregierungen auf der anderen Seite der Grenze kappten chinesische Behörden Telekommunikation, Transport sowie die Wasser- und Stromversorgung für die Kasinos. Reisepässe für chinesische Touristen in diese Gebiete wurden außer Kraft gesetzt (XNA, 5.7.05) und Kasinochefs in Gewahrsam genommen. Die Kampagne resultierte in der Schließung von 103 Kasinos an den Grenzen zu Yunnan, Guangxi, Jilin und Heilongjiang.<sup>17</sup> Nur eines der 82 Kasinos entlang der Grenze zwischen Myanmar zu Yunnan ist noch in Betrieb (SCMP, 16.4.05).

Ein Kuriosum ist ein Kasino in Nordkorea an der Grenze zur Provinz Jilin. Im letzten Jahr sollen etwa 50.000 Festlandchinesen über Yanbian, einem autonomen Bezirk der Koreaner in Jilin, das Emperor-Hotelkasino aufgesucht haben (SCMP, 31.12.04; CD, 5.1.05).<sup>18</sup> Laut *Beijing News* überquerten täglich über 100 Chinesen den Tumen-Fluss, um in dem Hotelkasino zu spie-

<sup>16</sup> Auf Wunsch werden die Hongkong-Dollar sofort oder beim Geldschalter des Kasinos in Macau gegen Vorlage des Personalausweises ausbezahlt. Der Yuan wird in den Kasinos nicht akzeptiert.

<sup>17</sup> An der russischen Grenze zu Heilongjiang stellten 18 von 28 Kasinos ihren Betrieb ein (ST, 4.4.05).

<sup>18</sup> Das 5-Sterne-Hotel liegt in der Freihandelszone Rajin-Sonbong (Rason, etwas mehr als eine Tagesreise von Yanbian). Es wurde im August 2000 fertig gestellt und gehört Albert Yeungs Emperor Group. Dem kontroversen Hongkonger Multimillionär werden Verbindungen zu Triaden nachgesagt, aber auch gute Beziehungen zur KPCh. Das Kasino hat 575 Angestellte, 275 sind Koreaner, die 70% ihres Lohns an die Regierung abführen müssen, der Rest Chinesen (AT, 24.2.05).

len. Von den 50.000 Chinesen seien ca. 30% Beamte, und jeder Besucher gebe mindestens 5.000 RMBY aus, zitiert die Zeitung Yanbians Antikorruptionsbeamten (CD, 5.1.05). Beijing befahl den Reiseagenturen im Grenzgebiet Yanbian, alle Touren zum Kasino einzustellen. Pyongyang schickte vergeblich den Leiter des Staatlichen Tourismusamtes nach Yanbian zu Gesprächen mit chinesischen Beamten. Am 15. Januar 2005 stellte das Kasino nach fünf Jahren erstmals den Betrieb ein. Das Hotelkasino informierte die Behörden in Yanbian, dass es die Spieleinrichtungen entfernen und kein Glücksspiel mehr betreiben werde. Das chinesische Personal wurde nach Yanbian zurückberufen (*Beijing Qingnian Bao* website, 20.2.05, nach BBC PF, 27.5.05).

## Strengere Gesetze oder Liberalisierung des Glücksspiels?

Angesichts des ausufernden Glücksspiels werden die Stimmen, die die Verabschiedung eines speziellen Antiglucksspielgesetzes verlangen, immer lauter.<sup>19</sup> Doch vom Antiglucksspielbüro war im März 2005 zu hören, bei Abwägung der gegenwärtigen Situation in China sei die Zeit noch nicht reif, ein solches Gesetz zu erlassen (CD, 8.3.05). Es sei besser, das bestehende Strafrecht zu revidieren.<sup>20</sup> Ein revidiertes Strafrecht könne erstens ernsthafte Gesetzesübertretungen strenger bestrafen als nur mit drei Jahren und Geldstrafen und zweitens neue Formen des Glücksspiels wie Online-Glücksspiel oder Glücksspiel außerhalb des Festlands aufnehmen. Eine vom Obersten Volksgerichtshof und der Obersten Staatsanwaltschaft veranlasste Interpretation des Strafgesetzes wurde am 13. Mai 2005 wirksam. Danach ist es ein Verbrechen, Beamte mit Glücksspiel zu bestechen oder Glücksspielgeld anzubieten, und somit strafbar (SCMP, 16.5.05; PDE, 14.5.05). Bisher war nach Artikel 389 „Bestechung“ definiert als: „Wer einem Mitarbeiter des Staates einen Vermögenswert zuwendet, um sich einen ungerechtfertigten Vorteil zu verschaffen, ist Täter der [Straftat der] aktiven Bestechung“ (Strupp 1998: 233). Artikel 303 behandelte das „Glücksspiel“: „Wer aus Gewinnsucht im Beisein oder unter Beteiligung einer größeren Zahl von Menschen Glücksspiele veranstaltet oder wer ein [Spiel-]Kasino eröffnet oder wer Glücksspiel als Gewerbe betreibt, wird mit zeitiger Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, Gewahrsam oder Überwachung bestraft, zugleich wird er mit Geldstrafe belegt“ (Strupp 1998: 2002). Die neue Interpretation spezifiziert darüber hinaus auch die Zahl der Spieler und die Geldbeträge. „Wer aus Gewinnsucht im Beisein oder unter Beteiligung einer größeren Zahl von Menschen Glücksspiele veranstaltet“ wird interpretiert als: im Beisein oder unter Beteiligung von drei oder mehr

Personen Glücksspiele veranstalten und eine Provision von 5.000 RMBY oder mehr kassieren; im Beisein oder unter Beteiligung von drei oder mehr Personen Glücksspiele veranstalten, wobei das Wettgeld auf über 50.000 RMBY anwächst; oder für über zehn Bürger eine Glücksspielreise ins Ausland organisieren und Provision verlangen. Wer immer aus Profitgier Glücksspiel-Webseiten aufmacht oder als Online-Agent fungiert, wird so behandelt, als habe er eine Spielhalle eröffnet, und wird entsprechend bestraft. Chinesische Staatsbürger, die in Chinas Nachbargebieten Kasinos eröffnen und Chinesen zum Glücksspiel anlocken, machen sich eines Verbrechens schuldig. Wer wissentlich Glücksspiel-Teilnehmern oder -Organisatoren Geld, Internetdienste und Telekommunikationseinrichtungen anbietet, wird entsprechend der Kriterien einer Mittäterschaft behandelt. Besonders strenge Bestrafung erfolgt in drei Fällen: wenn die Spielteilnehmer Staatsbedienstete sind, wenn man Glücksspielreisen für Staatsbedienstete ins Ausland organisiert, und wenn man Jugendliche zum Glücksspiel verleitet (PDE, 14.5.05). Nicht strafbar ist es, im Familien- oder Freundeskreis zur Unterhaltung Majiang oder Poker mit kleinen Einsätzen zu spielen.

Den Experten ist natürlich klar, dass illegales Glücksspiel durch Gesetze nicht aus der Welt geschafft werden kann, genau wie dies bei der Prostitution und dem Drogenkonsum misslang. Man erhofft sich aber zumindest eine Eindämmung. Doch auch in der Volksrepublik sind mittlerweile Stimmen zu hören, die die Legalisierung des Glücksspiels fordern, weil zu viele Gelder ins Ausland flößen und legales Glücksspiel besser zu kontrollieren sei. Einer der Vorreiter ist der Akademiker Wang Zengxian vom China-Zentrum für Lotteriestudien (Lan 2005). Auf einer für China bisher einmaligen internationalen Konferenz mit dem Thema „Die Glücksspielindustrie und die öffentliche Wohlfahrt“, die im Dezember 2004 in Beijing stattfand, wurde die Liberalisierung des Glücksspiels diskutiert.<sup>21</sup> Wang kritisierte, dass die nach konservativen Schätzungen 600 Mrd. RMBY, die jährlich in Kasinos oder bei Pferderennen verspielt würden, einen negativen Effekt auf die Wirtschaft und die öffentliche Wohlfahrt hätten. Wenn die Regierung das Glücksspiel legalisiere, könne sie die Industrie überwachen und Gewinne der Wohlfahrt zukommen lassen (SCMP, 13.12.04). „Ein riesiger Betrag an Geldern fließt aus dem Land, ein Großteil davon Geld der Steuerzahler“, beklagt Chen Xinglian, stellvertretender Dekan der Rechtsschule an der Universität Beijing (Magnier 2005). Auch vier Delegierte der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes aus Hainan haben mitten in der Kampagne eine Studie zur Legalisierung des Glücksspiels gefordert, um die lokale Wirtschaft zu beleben.<sup>22</sup>

<sup>19</sup>Der Delegierte Luo Yifeng stellte im März 2005 auf der 3. Tagung des X. NVK einen Antrag auf ein entsprechendes Gesetz. „Ein neues, spezielles Gesetz, das Glücksspiel verbietet, mit strengeren Strafen, die gegen Gesetzesübertreter verhängt werden, ist eine dauerhafte Lösung zur Verhinderung des Glücksspiels“ (CD, 8.3.05).

<sup>20</sup>Chinas Strafrecht trat 1979 in Kraft und sieht eine Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis für illegales Glücksspiel vor (CD, 8.3.05).

<sup>21</sup>An der Tagung nahmen auch Beamte des Finanzministeriums teil.

<sup>22</sup>Beamte aus Hainan haben sich schon seit fast zwei Jahrzehnten dafür eingesetzt. Ihre Zuversicht, dass Beijing erlauben werde, ein Kasino wenigstens für ausländische Touristen zu eröffnen, hatte das MGM Grand und den Club Med animiert, Mitte der 1990er Jahre

Das China-Zentrum für Lotteriestudien wird sogar einen Kurs in Lotteriemanagement anbieten, der mit dem Master of Public Administration [MPA] abgeschlossen werden soll. Dies kündigte die Direktorin Wang Xuehong im Juli 2005 an. Sie pries diese Maßnahme als einen Schritt vorwärts zur Liberalisierung der Glücksspielindustrie auf dem Festland. Die Zentralregierung habe sich mit der Förderung des profitablen Sektors Zeit gelassen und nur zögernd die einheimische Glücksspiel- und Lotterieindustrie entwickelt, weil ihre negativen Begleiterscheinungen als Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität angesehen wurden.

Aber die Zeit wartet nicht auf uns. China hat eine legale Glücksspielindustrie in Form von Lotterien, seit die Wohlfahrtsindustrie 1987 ins Leben gerufen wurde. Das ist eine Tatsache und macht Sinn, weil es ein vielversprechender Sektor ist. [...] Du kannst die Leute nicht vom Spielen abhalten. Warum soll man also ihre Interessen nicht lenken und den Weg für die Entwicklung dieser Industrie ebnen? (SCMP, 14.7.05)<sup>23</sup>

Das China-Zentrum hat übrigens von offizieller Seite die Genehmigung erhalten, einen gebührenfreien Telefondienst für Problemspieler einzurichten. Dies ist eine Reaktion auf Pressemeldungen über Scheidungen, Selbstmorde und Obdachlosigkeit als Folge der Spielsucht (TS, Weekend, 29.-30.1.05).

Hat die Kampagne zur Bekämpfung des Glücksspiels auf dem chinesischen Festland nun letztendlich viel bewirkt? So mancher Experte ist da sehr skeptisch, wie etwa der Soziologe Zhou Xiaozheng von der Beijinger Volksuniversität.

Wir nennen diese Kampagne einen „Windstoß“. Er bläst den Staub weg, aber sobald der Wind aufhört, kommt der Staub wieder. Das Ziel der Zentralregierung, dem Glücksspiel Einhalt zu gebieten, ist völlig unrealistisch.

Und was passiere nach dem Ende der Kampagne, fragt Direktorin Wang Xuehong. „Chinesen lieben das Glücksspiel. Sogar der kleine Mann auf der Straße merkt, dass hartes Durchgreifen allein das Problem nicht lösen wird“ (Magnier 2005). Wahrscheinlich wird es auch bei dieser Kampagne so sein wie bei so mancher Kampagne gegen andere Missstände in der Vergangenheit: Nach der Kampagne geht man wieder zur Tagesordnung über, und nach einer Weile wird eine neue gestartet. „Oben ist man mit Reformen beschäftigt, unten mit dem Glücksspiel“, so lautet ein geflügeltes Wort in der Volksrepublik (Yi 2005: 47).

## Quellen

- china.net (2005), „Enter the dragon“, 19. März. Online: [www.2002china.net/chinese/detail\\_cn.shtml?740.shtml](http://www.2002china.net/chinese/detail_cn.shtml?740.shtml) (Aufruf: 31.5.05)
- Godfrey, Mark (2004), „Keine Narren auf Pferden“, September. Online: <http://www.chinatoday.com.cn/chinaheute/2004n/4n9/9g5n1.htm> (Aufruf: 1.8.05)
- keno-info, „Keno History“. Online: [http://www.keno-info.com/keno\\_history.html](http://www.keno-info.com/keno_history.html) (Aufruf: 25.7.05)
- Lan Xinzhen (2005), „Police Turn Up Heat on Punters“, in: BR, 2005/8
- Magnier, Mark (2005), „Beijing's losing Hand“, in: *Los Angeles Times*, 13. April. Online: <http://www.newsday.com/news/nationworld/world/la-fg-casino13apr13.0,5266226.story?coll=ny-leadworldnews-headlines> (Aufruf: 14.4.05)
- McDonald, Hamish (2005), „Officials lead way in China's illegal gambling“, The Age Company Ltd., 5. Februar. Online: [www.theage.com.au/news/World/Officials-lead-way-in-Chinas-illegal-gambling/2005/02/04/1107476799056.html](http://www.theage.com.au/news/World/Officials-lead-way-in-Chinas-illegal-gambling/2005/02/04/1107476799056.html) (Aufruf: 29.7.05)
- Shanghai Star* (2005a), Cai Shangyao, „Gambling is the opium of the 21st century“, 17. Februar. Online: <http://app1.chinadaily.com.cn/star/2005/0217/vo2-3.html> (Aufruf: 23.2.05)
- Shanghai Star* (2005b), „Out of luck“, 3. März. Online: <http://app1.chinadaily.com.cn/star/2005/0303/bz9-1.html> (Aufruf: 11.3.05)
- Strupp, Michael (1998), *Das neue Strafgesetzbuch der VR China, Kommentar und Übersetzung*, Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde
- Yi Ming (2005), „Fight 'gambling of officials' and satisfy the people“, in: JB, 2005/2, S. 47-49

Pläne für den Bau einer Kasinoanlage auf Hainan anzukündigen. In den nächsten fünf Jahren sei daran aber nicht zu denken, meint der Leiter der Forschungsabteilung des Macau Polytechnic Institute, Zeng Zhonglu. Ein solcher Schritt sei aufgrund von Kriminalität und sozialen Problemen, den Begleiterscheinungen des Glücksspiels, ein zu großes politisches Risiko für die Regierung (TS, 4.2.05).

<sup>23</sup>Der Kurs an der Universität Beijing dauert zwei bis vier Jahre, und in Einklang mit den nationalen Bedingungen für alle MPAs werden 80% der 100 Studenten, die sich 2005 einschreiben, aus Regierungsbehörden kommen. Die Studenten werden die Lotterienpolitik und legale Systeme entwickelter Länder und der SVR Hongkong und SVR Macau untersuchen, ferner Spieldesign, vom Glücksspiel verursachte soziale Probleme und Lotterie-Marketingmanagement (SCMP, 14.7.05).